

dokumentation

Fachtagung „Die Zukunft der Pflege – ein norwegisch-deutscher Dialog!“
29.01.2015 Landesvertretung Niedersachsen, Berlin



Die Zukunft der Pflege

Unsere Gesellschaft wird bunter und vielfältiger, aber auch älter. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird sich bis zum Jahr 2030 um 50 Prozent auf 3,4 Millionen Personen erhöhen.

Wer übernimmt die Verantwortung und die Pflege der älteren Generation, wenn die Erwerbsbeteiligung von Frauen weiterhin steigt? Auch jüngste Reformen in Deutschland, wie z. B. die Familienpflegezeit, basieren auf der Grundannahme, dass die Pflegearbeit in der Familie und hauptsächlich von Frauen übernommen wird. Ein System, das auf kurz oder lang durch den gesellschaftlichen Wandel erodieren wird. Dies geht zu Lasten von Familien und deren Ressourcen, aber bedeutet auch eine enorme Verschlechterung für die Pflegebe-

dürftigen. Neben Deutschland muss sich auch Norwegen mit gesellschaftlichen Veränderungsprozessen auseinandersetzen. Norwegen weist aber als sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaat und durch den Vorrang formeller Pflege eine gute Pflegeinfrastruktur auf.

Ziel dieses Workshops war es, ein Pflegesystem zu skizzieren, das den Wünschen und Ressourcen der Pflegenden entspricht sowie den Pflegebedürftigen ein Leben in Autonomie und Würde ermöglicht. Dabei wurden auch aktuelle Entwicklungen in Deutschland sowie befruchtende Impulse aus Norwegen einbezogen. ■

Blitzlicht

Franz Thönnies, MdB
Co-Vorsitzender Norwegisch-Deutsche
Willy-Brandt-Stiftung e.V. (NDWBS)



„Wir freuen uns darüber, dass die Menschen in Norwegen und Deutschland älter werden. Mit der zunehmenden Lebenserwartung wird jedoch auch die Zahl der Pflegebedürftigen wachsen. Damit stehen wir gemeinsam vor der Herausforderung, eine gute und menschenwürdige Pflege zu organisieren“



Input 1

Pflegende Angehörige entlasten und Pflegebedürftigen ein Leben in Autonomie und Würde ermöglichen – der norwegische Weg einer guten Pflege

Prof. Einar Øverbye, Oslo and Akershus University College of Applied Sciences

Die Menschen in allen europäischen Ländern erfreuen sich zunehmend einer längeren Lebenserwartung. Altern ist oft nicht mehr gleichbedeutend mit Krankheit, Schwäche und Hilfsbedürftigkeit. Dennoch steigt durch die demografische Entwicklung der Anteil der Menschen, die unter physischen und mentalen Behinderungen – wie z. B. Formen von Demenz – leiden. Die Pflegebedürftigkeit verschiebt sich ins höhere Alter, verlängert sich gleichzeitig aber auch durch den medizinischen Fortschritt, so Prof. Einar Øverbye. Norwegen verfolgt seit einigen Jahren eine Pflegepolitik, die nicht nur an ältere Menschen adressiert ist, sondern immer dann

einspringt, wenn Menschen hilfebedürftig werden. Menschen sollen weiterhin in die Gesellschaft integriert und physische und soziale Barrieren mit den Folgen eingeschränkter Lebensqualität abgebaut werden. Es gilt demnach ein Pflegeverständnis, das die Selbständigkeit der Person in den Mittelpunkt rückt und den Wunsch älterer und beeinträchtigter Menschen nach einem selbstbestimmten Leben unterstützt. So kann ein längeres und selbständiges Leben in den eigenen vier Wänden gesichert werden. Technologische Lösungen, wie z. B. ein barrierefreier Umbau von Wohnungen oder klassische Pflegemaßnahmen reichen bei Krankheiten wie Demenz oder Alzhei-

mer nicht mehr aus, um eine Integration in die Gesellschaft zu ermöglichen. Hier sind weitreichendere Instrumente notwendig wie z. B. pädagogische und physiotherapeutische Aktivierungen, fährt Øverbye fort. Was ein Mensch braucht, um ein selbstbestimmtes Leben zu führen, wird anhand von Bemessungskriterien bestimmt, die aber von Gemeinde zu Gemeinde abweichen können. Obwohl auch in Norwegen pflegebedürftige Menschen in erster Instanz durch ihre Angehörigen Unterstützung und Fürsorge erhalten, trägt die Familie juristisch keine formelle Verantwortung dafür. Weder müssen Kinder für ihre Eltern finanziell eintreten noch muss Pflege und Fürsorge unentgeltlich und von den Angehörigen alleine erbracht werden.

Die Verantwortung für eine gute Pflegestruktur trägt in Norwegen der Staat. Dies zeigt sich durch den Vorrang der formellen Pflege, aber auch durch die Gewährung einer Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige. Zusätzlich kommt der Kommune eine Schlüsselrolle zu. Bei ihr liegt die primäre Zuständigkeit für die Erbringung von Pflege-, Betreuungs-, und Hilfeleistungen für alle Bürgerinnen und Bürger. Die Kommune verwaltet, finanziert und erhebt selbst Steuern. Darüber hinaus erhält die Kommune zweckgebundene Mittel vom Zentralstaat.

Trotz des Vorrangs und des Ausbaus der formellen Pflege wurde in Norwegen die familiäre Unterstützung im Pflegefall nicht verdrängt. Sie konzentriert sich aber auf Fürsorgeaufgaben. Das stärkt die Ressourcen der Familien und trägt zur Zufriedenheit der zu Pflegenden bei. Es ist nämlich ein Irrglaube, dass Eltern von ihren eigenen Kindern über lange Zeit gepflegt werden wollen, so Øverbye abschließend. ■

Blitzlicht



Brigitte Döcker, Vorstandsmitglied AWO Bundesverband e.V.

„Die Zukunft der Pflege liegt in einer guten Versorgung vor Ort. Mit der Einführung der Pflegeversicherung haben sich leider viele Kommunen stark aus der kommunalen Altenhilfe herausgezogen. Mit Kraftanstrengung aller Beteiligten müssen wir daran arbeiten, dass vor Ort wieder mehr Strategie und Steuerung der Angebote und Hilfen für alte und hochaltrige Menschen erfolgt. Dafür setzt sich die AWO mit einer zeitgemäßen Senioren- und Pflegearbeit im Quartier ein.“



Input 2

Der norwegische Weg einer guten Pflege. Für Deutschland überhaupt finanzierbar?

Dr. Cornelia Heintze, StK a.D.

Norwegen und Deutschland weisen weitgehend Gemeinsamkeiten bei den gesetzlichen Normen zum erwünschten Ergebnis auf. Dies bezieht sich auf die Ausrichtung der Pflege- und Unterstützungsleistungen am persönlichen Bedarf, einem Vorrang von Prävention und medizinischer Rehabilitation und nicht zuletzt am Anspruch einer hohen Fachlichkeit. Allerdings unterscheiden sich die Leitbilder, die hinter diesen Normen stehen, grundsätzlich, so Dr. Cornelia Heintze. In Norwegen erbringt und finanziert der Staat bzw. die Kommune Hilfeleistungen, wenn ein Mensch persönlichen Bedarf hat. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen den gleichen Zugang zu den benötigten Serviceleistun-

gen haben und dies möglichst unabhängig vom individuellen Einkommen und der Verfügbarkeit familiärer Ressourcen. In Deutschland dagegen existiert ein Modell der Familienpflege mit ergänzenden staatlichen Unterstützungsleistungen. Das öffentliche Unterstützungssystem greift bei erheblicher Pflegebedürftigkeit ein und lässt die Wahl zwischen „cash and care“. Dabei stellt der Staat nur den gesetzlichen Rahmen und trägt für das Ergebnis keinerlei Verantwortung. Das Leitbild dahinter lautet: Die Familienangehörigen sind der „Hauptpflegedienst der Nation“. Der Staat soll nur subsidiär tätig werden. Vorrang hat die private Finanzierung und die private Leistungserbringung.

Mit seiner gut ausgebauten öffentlichen Care-Infrastruktur ist Norwegen besser gerüstet für die Anforderungen einer alternierenden Gesellschaft, fährt Heintze fort. Zum einen gibt es einen statistischen Zusammenhang zwischen der Geburtenrate und dem Care-System in hoch entwickelten Ländern. Dort, wo die Tätigkeiten der Sorge, Betreuung und Pflege in eine öffentlich verantwortete Infrastruktur überführt werden, lässt sich für Frauen und Männer Familie und Beruf gut vereinbaren. Zum anderen entsteht in familienbasierten System wie Deutschland durch die Doppelbelastung – vor allem von Frauen – eine Ausweitung multi-morbider Lebensjahre. In Norwegen und vielen anderen Ländern mit einer in öffentlicher Verantwortung stehenden servicebasierten Infrastruktur geht der Trend hin zu einer Ausweitung gesunder Lebensjahre. In Zahlen ausgedrückt bedeutet dies, dass in Relation zur Lebenserwartung die Menschen in Norwegen 15 gesunde Lebensjahre verbringen können. In Deutschland hingegen nur 7 Jahre.

Eine gut ausgebaute Care-Infrastruktur kostet Geld. Aber, so Heintze, die Frage der Finanzierbarkeit ist eine Frage des politischen Willens. Obwohl der Anteil der älteren Bevölkerung in Deutschland gestiegen ist, gab es keine Steigerung der öffentlichen Ausgaben im Bereich der Versorgung und Pflege älterer Menschen. Die wachsende Unterfinanzierung im Pflegebereich zieht eine wachsende Ausgabenprivatisierung, ein Abdrängen der Pflege in den Niedriglohnsektor und eine Verschlechterung des Personalschlüssels im Pflegebereich nach sich. Gleichzeitig wurden in Deutschland aber auch die Lohnnebenkosten gesenkt und stabile Sozialversicherungsbeiträge beibehalten. Das Ergebnis ist die kurzfristige Stabilisierung eines Systems, das auf längeren Zeitraum gesehen erodieren wird. ■

Blitzlicht



Elisabeth Walaas, Norwegische Botschafterin in Deutschland

„In Norwegen gibt es heute 130.000 Angestellte im Pflegesektor, und im Jahr 2050 wird der Bedarf auf 285.000 steigen. Deshalb brauchen wir eine hohe Kompetenz durch Ausbildung, Investitionen, neue Technologien und mehr Forschung. Ich rufe in diesem Zusammenhang gern zu mehr Forschungszusammenarbeit zwischen Norwegen und Deutschland auf.“

Dialogrunde

Bessere Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf

mit:

Petra Crone, MdB (SPD), Erwin Rüdell, MdB (CDU/CSU), Elisabeth Scharfenberg, MdB (Bündnis 90/ Die Grünen), Pia Zimmermann, MdB (DIE LINKE)

Moderation: Christina Schildmann (FES)



v.l.n.r.: Elisabeth Scharfenberg, Petra Crone, Christina Schildmann, Pia Zimmermann, Erwin Rüdell

Wo verfolgt das neue Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf gute Ansätze und wo gibt es noch Nachbesserungsbedarf? Diese Frage beantworteten die Abgeordneten aller im Bundestag vertretenen Fraktionen in einer abschließenden Dialogrunde. Mit der Bewertung, dass das neue Gesetz den Familien und damit vor allem den Frauen nicht gerecht werde, stieg Elisabeth Scharfenberg in die Diskussion ein. Einerseits gehe man davon aus, dass eine Infrastruktur vor Ort vorhanden ist, die die Familienpflege überhaupt erst möglich macht. Auf der anderen Seite lasse man pflegende Angehörige mit einem Darlehen alleine. Damit müssen sie während und nach der Pflege auf Gehalt verzichten. Sie plädierte für eine Lohnersatzleistung während der Pflege analog zur Ausgestaltung des Elterngeldes. Auch Pia Zimmermann übte Kritik. Durch die Ausgestaltung des Gesetzes können sich nur Besserverdienende die Familienpflege-

zeit überhaupt leisten. Somit trage das Gesetz zur sozialen Spaltung bei und geht vor allem zu Lasten von Frauen.

Als einen guten ersten Schritt in die richtige Richtung bezeichnete Petra Crone das Gesetz. Vor allem der neue Rechtsanspruch mache die Vereinbarkeit möglich. Dennoch: auch ein hervorragendes Pflegegesetz könne Lücken in der Pflegeinfrastruktur vor Ort nicht kompensieren. Einige Kommunen machen sich auf den Weg zu einer Wohlfahrtskommune, aber hier gebe es noch weiter dringenden Nachholbedarf. In dieser Legislatur würde viel für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen getan, knüpfte Erwin Rüdell an. Mit dem Familienpflegezeitgesetz werde man den Bedürfnissen der pflegenden Angehörigen gerecht. Mehrere Umfragen hätten ergeben, dass Kinder ihre Eltern mehrheitlich pflegen wollen. Mit dem neuen Gesetz gebe man ihnen dazu nun zeitliche und finanzielle Möglichkeiten. ■

Impressum

Herausgeber: Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF), Norwegisch-Deutsche Willy-Brandt-Stiftung e.V. (NDWBS)

Verantwortlich: Barbara König (ZFF)

Redaktion: Barbara König, Dr. Bettina Rainer, Nikola Schopp

Fotos: Kai Doering, Greifswald,

Titelbild: ©iStock.com/Barcin

Gestaltung: büro G29, Aachen

Druck: KOMAG mbH, Berlin

Auflage: 300 Stück

Bezugsadresse:

Zukunftsforum Familie e.V.

Markgrafenstraße 11, 10969 Berlin

Telefon: 030 2592728-20

Telefax: 030 2592728-60

info@zukunftsforum-familie.de

www.zukunftsforum-familie.de

Berlin, Februar 2015

Gefördert durch die
GlücksSpirale

Blitzlicht



Birgit Merkel, stv. Vorsitzende des Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF)

„Ältere Menschen zu pflegen, ist eine gesamtgesellschaftlich wichtige Aufgabe – genauso wichtig wie die Betreuung und Erziehung kleiner Kinder. Sie sollte daher auch in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung abgesichert werden. Es gilt für Deutschland nicht, den norwegischen Weg einer guten Pflege zu kopieren. Aber Norwegen bzw. die nordischen Staaten halten einiges an Ideen und guter politischer Praxis bereit, über die es sich lohnt, weiter nach zudenken und zu diskutieren.“